

Postneoliberalismus, Neo-Feudalisierung und die Wiederaneignung der Commons¹

Brigitte Kratzwald

Der Begriff Postneoliberalismus drückt aus, dass – infolge der systemimmanenten Widersprüche, die sich im Rahmen der Krisenbewältigung verschärft haben – der Neoliberalismus zwar nicht vorbei, aber doch das Vertrauen in seine theoretische Fundierung und seine Eignung zur Lösung aktueller Probleme gesunken ist und neue theoretische und politische Konzepte am diskursiven Horizont auftauchen (Brand/Sekler 2009). Einer Diskussion dieser Annahme ist vorzuschicken, dass es »den« Neoliberalismus nicht gibt und nie gab. Neoliberale Konzepte, die auf die staatliche Durchsetzung freier Märkte und ungebremsten Wettbewerbs für alles, was nur irgendwie als Ware organisierbar ist, sowie den Rückbau sozialstaatlicher Institutionen abzielen, wurden in den verschiedenen Staaten und Weltregionen in je spezifischer Weise umgesetzt. Wir haben es also mit verschiedenen »Neoliberalismen« zu tun. Die Frage, wann denn nun in Anbetracht dieser verschiedenen Ausprägungen das »Post« beginnt und was noch als Variation desselben zu verstehen ist, ist daher schwierig zu beantworten.

Der Neoliberalismus frisst seine Kinder

Und doch wird in all diesen verschiedenen Umsetzungsformen zunehmend sichtbar, dass die Überspitzung der neoliberalen Logik freier Märkte bewirkt hat, dass sich diese Logik sozusagen gegen sich selbst wendet. Im Rahmen des Siegeszuges neoliberaler Konzepte rund um den Globus wurden zwei Grundfesten moderner, kapitalistischer Gesellschaften in Frage gestellt: dass freie Märkte und liberale, repräsentative Demokratie unauflösbar zusammengehören (eine freie Marktwirtschaft wurde ja von vielen genau deshalb als unverzichtbar angesehen, weil sie als einzige Garantie für eine demokratische Gesellschaft galt), und dass die Vermehrung des individuellen wie gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes, ausgedrückt als Wirtschaftswachstum im Bruttosozialprodukt, zum überwiegenden Teil, wenn nicht ausschließlich, durch Akkumulation des durch Lohnarbeit erzeugten Mehrwerts erfolgt. Dieser Grundkonsens, der alle zeitgenössischen Gesellschaftstheorien, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, zumindest seit dem Ende des Realsozialismus einte, geriet durch die Entwicklungen der letzten Jahre zunehmend ins Wanken.

Auf der politischen Ebene wurde klar, dass neoliberale Konzepte in autoritären Staaten sogar leichter umgesetzt werden können als in demokratischen. Eine Tatsache, die schon durch das neoliberale Sandkastenprojekt in Chile unter der Pinochet-Diktatur klar werden hätte können, durch die gegenwärtigen Entwicklungen etwa in Russland oder China aber nicht mehr zu übersehen ist. Eng damit zusammen hängt auch die Abschwächung demokratischer Instrumente in den westlichen Demokratien, die geringer werdende Bedeutung demokratischer Institutionen (die Tatsache, dass der Rückbau von Parlamenten, Stadtregierungen und Verwaltungsebenen ein

wichtiger Teil aktueller Sparprogramme ist, sollte uns diesbezüglich sehr zu denken geben!), mit der gleichzeitigen Herausbildung polit-ökonomischer Machteliten, die an feudale Verhältnisse erinnern und den Ausdruck »Neo-Feudalismus« rechtfertigen (Herrmann 2011: 52 ff.).

Auf wirtschaftlicher Ebene nimmt die Bedeutung der Kapitalakkumulation durch Mehrwertbildung in der Produktion ab, zugunsten verschiedener neuer Formen von Renten (etwa auf geistiges Eigentum oder in Form von Bodenspekulation). David Harvey hat in dem Zusammenhang den Ausdruck der »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2005: 159) geprägt. Dazu kommt eine Akkumulation von Reichtum direkt aus der Zirkulationsebene (durch den kurzfristigen Kauf und Verkauf von Währungen, Derivaten, usw. aber auch durch die Vergabe von Konsumkrediten, deren Rückzahlung gar nie eingeplant ist, sondern die Schuldner zu lebenslangen Zahlungen verpflichten). Diese Veränderungen des Akkumulationsregimes werden von Wissenschaftler_innen unterschiedlich gedeutet. Während die einen meinen, auch diese Form der Reichtumsmehrung hätte ihre Wurzeln nach wie vor in der Produktionssphäre, sei daher als Entwicklungsphase des Kapitalismus zu verstehen (Clever 2012: 27), stellen andere die Frage, ob es sich nicht um erste Anzeichen einer Überwindung des Kapitalismus hin zu einer neuen Gesellschaftsformation handle.²

Im Zuge dieser Veränderungen kam es zu einer Umverteilung von Macht und Vermögen von unten nach oben und zu einer Reichtumskonzentration, wie sie seit 1929 nicht mehr bestanden hat (OECD 2011).³ Nicht nur herkömmliche Politikrezepte (wie etwa staatliche Nachfragesteigerung oder steuerliche Umverteilung), sondern auch die bewährten Instrumente zur Aushandlung von Interessenskonflikten (Stichwort Sozialpartnerschaft) und ebenso die herkömmlichen Widerstands- und Protestformen der Sozialen Bewegungen erweisen sich zunehmend als dysfunktional. Auch in der Wirtschaftswissenschaft wird immer offener über die Unzulänglichkeit gängiger Theorien für die Bewältigung der aktuellen multiplen Krisen diskutiert. Klimawandel und Peak Oil verlangen eine Reduktion des Rohstoff- und Energieverbrauchs, was häufig in Widerspruch steht zu den Maßnahmen, die zur »Euroretung« oder als Auswege aus der ökonomischen Krise propagiert werden. Massimo de Angelis spricht von einer »Sackgasse«, in die sich das Kapital manövriert habe und aus der es innerhalb seiner eigenen Logik keinen Ausweg mehr gebe (vgl. de Angelis 2012).

Neue Aneignungsstrategien in den Sozialen Bewegungen

Auch in den Sozialen Bewegungen sind Veränderungen der Protestformen und der Art der Forderungen zu beobachten. Es tauchen neue Schlagworte auf, wie Ernährungssouveränität, das Gute Leben oder Commons. Dass die Idee der Commons – aus der Feudalzeit stammend und für längst überholt gehalten – wieder Aktualität in den politischen Kämpfen erlangt, ist nur vor diesem Hintergrund sich ändernder sozialer Machtverhältnisse erklärbar. Neofeudale Machtverhältnisse fordern neue Formen von Widerstand und Aneignung heraus. Diese speisen sich aus aktuellen politischen Erfahrungen einer zunehmenden Aggressivität des Klassenkampfes von oben⁴, die sich in einer enormen Machtkonzentration bei wenigen wirtschaftlichen und politischen Eliten niederschlägt. Es sind Enteignungserfahrungen unterschiedlicher Art und die Erfahrung, dass demokratische Mechanismen unwirksam werden

und vielen Menschen das Gefühl geben, sie könnten ihre unmittelbaren Lebensbedingungen kaum mehr beeinflussen. Auch heftige Proteste und Gegenwehr ebenso wie die aktive Beteiligung an globalen Verhandlungsprozessen, sei es über Klimawandel, die Bekämpfung von Hunger und Armut oder über Arbeitsbedingungen und den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, zeigten kaum Erfolge. Die von den Konzernen und Aktionär_innen vorgegebene Agenda wird umgesetzt, Macht und Reichtum werden – bei der Krisenbekämpfung mehr denn je – von unten nach oben verschoben. Die um die Jahrtausendwende aufflammende globalisierungskritische Bewegung lief mit ihrer Strategie, Forderungen an Regierungen und internationale Organisationen – von der EU bis zur UNO – zu stellen und diesen mit großangelegten Protestveranstaltungen Nachdruck zu verleihen, sozusagen gegen eine Gummiband. Nach dem Versuch der Kriminalisierung und Ausgrenzung am Beginn, wurde schließlich ein Großteil der Forderungen auf der rhetorischen Ebene übernommen, in endlosen Diskussionen verschleppt, in Verhandlungen bis zur Unkenntlichkeit verändert und – wenn überhaupt – so umgesetzt, dass es die herrschenden Verhältnisse nicht in Frage stellt.

Die Idee der Commons stellt diesen Erfahrungen der Ohnmacht und Enteignung Aspekte der Wiederaneignung und Selbstbestimmung gegenüber. Die Menschen stellen sowohl die Fähigkeit von Regierungen und Markt, die richtige Antwort für die aktuellen globalen Probleme finden zu können, in Frage, als auch deren Legitimation und nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand – in vielen verschiedenen Bereichen: Wenn landlose Bauern und Bäuerinnen Land besetzen oder Hausbesetzer_innen autonome Zentren errichten; wenn eine Vertreterin der freien Software-Bewegung feststellt »wer die Software kontrolliert, kontrolliert das Wissen und das Gedächtnis einer Gesellschaft«⁵; ob sich Internetpirat_innen illegal Musik und Filme aus dem Netz herunterladen oder Studierende die Universitäten besetzen; ob Bäuerinnen aus Indien für ihr Saatgut kämpfen oder kreative Straßenaktivist_innen um die Nutzung des öffentlichen Raumes; ob sich Initiativen für den öffentlichen Verkehr bilden oder verlangen, dass Energie- oder Wasserversorgung »in BürgerInnenhand«⁶ kommen sollen; sie alle verbindet ein gemeinsames Anliegen: Dinge, die Menschen für ihr tägliches Leben brauchen, dürfen nicht zu Privatbesitz werden, sondern sie müssen für alle zugänglich sein und alle sollen über die Produktion und Verwendung dieser Dinge mitbestimmen können.

Kämpfe um Commons unterscheiden sich sowohl von den Kämpfen innerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses oder gegen die Lohnarbeit, wie sie das 20. Jahrhundert bestimmt haben, als auch von den Versuchen, durch großangelegte Proteste die Herrschenden zu Änderungen ihrer Politik zu bewegen. Es handelt sich um Kämpfe um Autonomie und Menschenwürde, die sich gegen jegliche Art von Herrschaftsverhältnissen richten und damit das herrschende System als Ganzes in Frage stellen – die repräsentative Demokratie und die an sie gekoppelten »freien« Märkte. Das erste Mal seit Jahrzehnten geht es nicht mehr um einen gerechteren, sozialeren Kapitalismus, sondern um dessen Überwindung.

Die Ambivalenz der Commons

Aber auch für das Kapital sind Commons von Bedeutung, denn der Kapitalismus braucht für sein Funktionieren immer Bereiche außerhalb seiner selbst, aus denen

er kostenlos Ressourcen beziehen oder an die er Kosten auslagern kann. Solche Bereiche sind entweder die natürliche Umwelt oder die unbezahlte Arbeit in Familien oder eben Commons, verschiedene selbstorganisierte Bereiche solidarischer Ökonomie. Gerade aus der Sackgasse, in der sich das Kapital derzeit befindet, können die Commons einen Ausweg bieten, so de Angelis.

[T]o solve or at least to address this impasse capital needs the commons, or at least specific versions of them. It needs a commons fix. As neoliberalism does not seem to give up its management of the world, it is however likely it will have to ask for help to the commons to manage the devastation. And if the commons are not there, it will have to promote them somehow. (de Angelis 2012)

Er verweist dabei z. B. auf die Vision einer »Big Society«, das Motto unter dem der britische Premierminister David Cameron die Einsparungen öffentlicher Ausgaben durch zivilgesellschaftliches Engagement kompensieren möchte, oder auf das Konzept »nachhaltiger Regionen«, wo durch die gemeinsame Kraftanstrengung lokaler Gemeinschaften die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sicher gestellt werden soll (ebd.).

Diese Vereinnahmbarkeit durch das Kapital wird in linken Diskussionszusammenhängen oft als Schwäche der Commons-Diskussion wahrgenommen. Es ist jedoch das Schicksal jeder Kritik und jedes alternativen Konzeptes, dass es von den Herrschenden vereinnahmt wird, so funktioniert der Erhalt hegemonialer Macht. Diese Tatsache kann also nicht gegen die Idee der Commons ins Feld geführt werden (Foucault 2005: 915). Commons sind strategische Diskurse und Praktiken, die in Machtverhältnisse eingebettet sind und als solche immer ambivalent. Sie sind einerseits notwendig, um das System am Laufen zu halten. Dehnt sich die Sphäre der Commons jedoch zu sehr aus, stellen sie eine Bedrohung für das Kapital dar, weil sie den Menschen die Macht geben, die Zumutungen von Lohnarbeit und Marktkonkurrenz zurückzuweisen (ebd.).

Die Frage kann daher nicht lauten, ob Commons emanzipatorisch sind oder nicht, sondern es geht darum, auszuloten, was ihr emanzipatorisches Potenzial ist und wie es realisiert werden kann. Unter dieser Perspektive – und nicht als Patentlösung für alle Probleme – soll im Folgenden analysiert werden, was das Konzept der Commons für die Theorie und Praxis sozialer Bewegungen bedeuten kann. Die These, die hier vertreten wird, ist, dass die unbezahlte Arbeit, die in Commons geschieht, eine wichtige Rolle für die Änderung von Machtverhältnissen spielt, die Stärkung der Sphäre der Commons also auch die Position der Arbeiter_innenbewegung gegenüber dem Kapital stärken kann, und außerdem dort die Ansatzpunkte für eine mögliche Überwindung des Kapitalismus zu suchen sind.

Commons – jenseits von Markt und Staat

Die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an die Commons-Forscherin Elinor Ostrom 2009 ist ein Zeichen dafür, dass auch der ökonomische Mainstream auf der Suche nach Alternativen ist. Ostrom verlässt nicht den Denkraum der liberalen Ökonomie und geht vom Bild des homo oeconomicus aus. Selbst innerhalb dieses engen theoretischen Horizonts gelang es ihr jedoch auf überzeugende Weise die Unzulänglichkeit ökonomischer Verhaltensmodelle aufzuzeigen. Sie konnte die Behauptung widerlegen, die von Garret Hardin⁷ aufgestellt und schließlich allgemein

akzeptiert worden war: dass begrenzte natürliche Ressourcen nur durch privates Eigentum oder staatliches Management vor Übernutzung und Zerstörung geschützt werden könnten. Ostrom zeigte, dass es häufig besser funktioniert, wenn die Nutzer_innen solche Ressourcen selbstorganisiert verwalten, wobei der Begriff »Commons« nicht – wie häufig irrtümlich angenommen – die Ressourcen bezeichnet, sondern soziale Vereinbarungen darüber, wie mit diesen Ressourcen umgegangen werden soll. Commons bestehen also aus drei Elementen: der Ressource, den Menschen, die sie nutzen, und den Regeln, die sie sich dafür geben.

Ostrom formulierte zwölf sogenannte »Bauprinzipien« für Commons, deren Vorhandensein gute Voraussetzungen dafür schafft, dass Commons langfristig funktionieren – oder deren Fehlen schließlich zu ihrem Scheitern führt. Die wichtigsten davon sind:

- Definierte Grenzen – der Ressource und der Nutzergruppe;
- Regeln. Commons sind also kein Niemandsland, in dem alle tun können, was sie wollen;
- Diese Regeln müssen von den Nutzer_innen selbst gemacht und selbst überwacht werden;
- Es muss abgestufte Sanktionen geben, auch diese werden von der NutzerInnen festgelegt;
- Damit Commons auf Dauer bestehen können, brauchen sie auch die Anerkennung durch den Gesetzgeber, häufig erlangten diese von den Menschen selbst vereinbarten Regeln auch Gesetzeskraft (Ostrom 1999: 117f).

Für die orthodoxe Wirtschaftswissenschaft sind Commons vor allem als Institution für nachhaltiges Ressourcenmanagement interessant, um ihr emanzipatorisches Potenzial zu erfassen braucht es eine sozialhistorische Analyse.

Die Geschichte der Commons in England

Peter Linebaugh (2008) hat die Geschichte der Commons in England und ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung untersucht. Die Zugangsrechte zu Commons waren dort schon seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts gesetzlich durch zwei Gesetzesakte abgesichert: die Magna Carta und die Charter of the Forests. Bei der ersten geht es um politische Freiheitsrechte und Bürgerrechte. Bis heute bauen fast alle Verfassungen der Welt auf dieser Grundlage auf. Linebaugh konnte nun zeigen, dass es ein zweites Gesetz gab, das mit der Magna Carta in ursächlichem Zusammenhang stand, nämlich die Charter of the Forests. In dieser waren die Zugangsrechte zu Commons für diejenigen, die kein eigenes Land besaßen, detailliert festgelegt. Sie konnten Holz zum Bauen und Heizen aus dem Wald holen, dort ihr Vieh weiden lassen, Lebensmittel anbauen, usw. Diese Charter hatte den Zweck, dass auch Menschen, die keinen eigenen Besitz hatten, ihre politischen Freiheitsrechte in Anspruch nehmen und nicht für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse in Abhängigkeitsverhältnisse geraten konnten. Sie war also eine notwendige Ergänzung zur Magna Carta, damit diese überhaupt universelle Gültigkeit erlangen konnte.

In der Charter of the Forestes war zudem das Recht auf Verteidigung der Commons festgeschrieben. Das war auch notwendig, denn es gab immer wieder Versuche der **Einhegung** der Commons. Die Grundbesitzer errichteten Zäune um ihre Grundstücke, weil sie diese lieber zur Jagd benutzen wollten. Die Bäuerinnen und

Bauern hatten das Recht einmal jährlich bei Flurbeghebungen diese Zäune oder Mauern wieder abzutragen. Im Lauf der Jahrhunderte führten die Auseinandersetzungen um die Nutzungsrechte an Commons zu Bürgerkriegen und mit der Durchsetzung des Kapitalismus war ihr Schicksal besiegelt. Die Einhegung der Commons, die Enteignung der Bauern und Bäuerinnen, war notwendig, um Arbeitskräfte für die aufstrebende Industrie zu bekommen.

Einhegungen von Commons geschahen aber nicht nur aus wirtschaftlichen oder jagdlichen Gründen, sondern es handelte sich auch um eine Machtfrage. Denn das Recht auf Commons gab den Menschen politische Macht gegenüber den Herrschenden; wer sich selbst erhalten kann, ist nicht so leicht regierbar. Das Commons war auch der Ort, wo Menschen sich trafen, um ihre Rechte zu verteidigen, sich gegen die Willkür der Herrschenden zur Wehr zu setzen, wo Aufstände vorbereitet wurden. Darum stellten sie für die Mächtigen immer eine Bedrohung dar.

Die Einhegung der Commons

Die Geschichte des Kapitalismus ist von den Kämpfen gegen die Einhegung der Commons begleitet. Als Bereich außerhalb des Kapitalverhältnisses stehen sie trotzdem in engem Zusammenhang mit Arbeitskämpfen. Denn Commons machen Menschen unabhängiger vom Kapital und stärken ihre Verhandlungsmacht innerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses. Die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung zeigt, dass sie gerade dann besonders stark war, ihre Kämpfe besonders erfolgreich führen könnte, wenn es möglich war, die eigene Reproduktion auch ohne Lohnarbeit abzusichern. An erster Stelle sind da natürlich die Streikfonds zu nennen, es gab aber auch diverse Formen von Genossenschaften, die lebensnotwendige Dinge bereitstellten oder die selbstverwalteten Versicherungssysteme. Das alles stärkte die Verhandlungsposition der Arbeiter_innen. Die verschiedenen Formen der Selbstorganisation, die die Arbeiter_innenbewegung von Beginn an auszeichneten, waren den Regierungen deshalb immer ein Dorn im Auge. Die gesetzliche Sozialversicherung wurde daher von einer konservativen Regierung eingeführt, um sie den Arbeiter_innen aus der Hand zu nehmen und deren politische Kraft zu schwächen. Nach Daniel Defert waren im 19. Jahrhundert Kämpfe gegen die Verbote der Selbstorganisation viel häufiger als etwa Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit (Defert 1991: 230).

Nach dem ersten Weltkrieg waren es die Arbeiter_innenräte, die Nahrungsmittel und Heizmaterial heranschafften und sich dadurch die Unterstützung der Massen sicherten. Das gab ihnen eine Machtposition, die die enormen Fortschritte des Sozialstaates in den frühen 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts trotz der keineswegs rosigen finanziellen Situation des jungen Staates durchsetzbar machte, weil die Entstehung einer Räterepublik um jeden Preis verhindert werden sollte.

Erst mit dem Sozialstaat und dem fordistischen Wirtschaftsmodell setzte sich auch bei der politischen »Linken«, bei der Arbeiter_innenbewegung und den Gewerkschaften, die Meinung durch, Lohnarbeit sei die »bessere«, die »wichtigere« und die »modernere« Form der Arbeit. Fortan ging das Bestreben danach, so viele Menschen wie möglich in Lohnarbeitsverhältnisse zu bringen. Das jedoch war seit jeher auch das Ziel des Kapitals, denn das bedeutet, dass immer mehr Dinge zu Waren werden und nur mehr gegen Bezahlung erworben werden können. Dadurch steigt die Abhängigkeit vom Marktsystem und diese Verflechtung aller Lebensbereiche mit

dem Markt ist vor allem in den letzten Jahrzehnten massiv vorangetrieben worden. Die Bereiche der Daseinsvorsorge etwa sollten ursprünglich durch sozialstaatliche Leistungen aus dem Markt herausgehalten werden. Der Sozialstaat übernahm also sozusagen die Rolle der Commons, auch diese Form der Absicherung galt als »moderner« und hatte durchaus gewisse Vorteile gegenüber den alten Formen solidarischer Absicherung. Allerdings wurde sie dadurch der Kontrolle der Arbeitenden entzogen und eng an die Lohnarbeit gekoppelt und schließlich mit der Durchsetzung des Neoliberalismus auch der Marktlogik unterworfen.

Die Interessen der Arbeitnehmer_innen sind heute so mit den Interessen des Kapitals verstrickt, dass paradoxerweise auch Gewerkschaften Kapitalinteressen vertreten und nach Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit rufen müssen. Gerade der Ruf nach Wettbewerbsfähigkeit bedeutet jedoch eine Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiter_innenbewegung, weil ja die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens oder Landes negative Auswirkungen für die Arbeiter_innen anderer Unternehmen oder Länder hat.⁸

Die neuen Kämpfe um Commons

Die Schwächung von Gewerkschaften, die Individualisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt, die gemeinsames Auftreten erschweren, die Unwirksamkeit bestehender demokratischer Instrumente und Mechanismen, die zunehmende Zahl marginalisierter Menschen, die Existenzängste, die weit in die Mittelschicht hineinreichen, all das mündete in den letzten Jahren in einer großen Zahl an Initiativen, die in den unterschiedlichsten Bereichen versuchen, die Kontrolle über ihre Umwelt und ihre Lebensbedingungen zurück zu erlangen. Diese Kämpfe spielen sich häufig außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses ab und werden oft als »unpolitisch« kritisiert, wie etwa die Occupy-Bewegung.

Auch wenn nicht alle dieser Teile der Sozialen Bewegungen den Begriff »Commons« verwenden, so eignet er sich doch als Analyseraster für derartige Auseinandersetzungen. Denn der Begriff Commons verweist auf mehrere Aspekte, die in diesen Bewegungen relevant sind: einerseits stellen Commons eine Alternative zu Markt und Lohnarbeit dar, eine Produktionsweise, die über die kapitalistische Produktion hinausweist und einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ebenso ermöglichen könnte wie soziale Gerechtigkeit; bei der Herstellung von Commons werden alternative und widerständige Verhaltens- und Subjektivierungsweisen entwickelt und erprobt; und schließlich sind Commons auch der Raum, in dem sich Menschen treffen, um sich über ihre Situation auszutauschen, um sich zu organisieren, um ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und die Macht der Vielen zur Geltung zu bringen gegenüber der kleinen Gruppe der Machteliten, die derzeit die Welt nach ihren Präferenzen regiert. Diese Räume sind mit dem fordistischen Rückzug ins Private schon zu einem guten Teil abhanden gekommen, durch die Ökonomisierung des öffentlichen Raumes und die Verwertungspolitik der Stadtregierungen wurde diese Situation noch einmal verschärft. Die Praxis der Besetzung öffentlicher Plätze setzt dem den Anspruch auf die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes für politische Diskussion und Organisation entgegen. Auch das Internet stellt einen solchen Raum dar und ist daher ebenfalls Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, wie die aktuelle Diskussion um ACTA⁹ zeigt.

Daneben gibt es auch ein wachsendes Interesse an alternativen Wirtschaftsformen, an kollektiven Formen von Produktion und Konsum. Diese Bestrebungen richten sich als erstes auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse Essen und Wohnen. Foodkoops, Gemeinschaftsgärten und Community supported Agricultures schießen ebenso aus dem Boden, wie Gruppen die Co-Housing Projekte oder Hofkollektive planen. Die Besonderheit der aktuellen Situation im Gegensatz zur Alternativ-Bewegung der 1980er Jahre ist, dass diese beiden Elemente keine Gegenpole darstellen, sondern eine Symbiose eingehen. Die Alternativ-Projekte verstehen sich durchaus als Teil der Protestbewegung, sie spielen auch eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Proteste durch die Bereitstellung von Volkküchen, medizinischer Versorgung oder Informationsplattformen. Die Protestbewegung anerkennt die Notwendigkeit solcher alternativer Projekte, um ihren Protest weiterführen zu können und als Modelle für nicht-kapitalistische Lebensweisen. Die lebensnotwendigen Reproduktionsarbeiten gehen einher mit politischer Organisation, denn nur gemeinsam können beide erfolgreich sein.

Diese neuen Trends in den Sozialen Bewegungen stoßen im linken politischen Spektrum häufig auf Skepsis, weil sie sowohl die bestehenden demokratischen Strukturen und Institutionen, als auch den Primat der Lohnarbeit über unbezahlter Arbeit in Frage stellen. Selbstverwaltung wird häufig als Rückschritt gesehen, als eine Rückkehr zu einer vormodernen Vergesellschaftungsweise.

Im italienischen Postoperaismus und in den Strömungen, die im englischsprachigen Raum unter »autonomist Marxism« zusammengefasst werden, wurde eine Öffnung des Konzepts der Arbeiterklasse vorgenommen und dieser Begriff auf Bereiche unbezahlter Arbeit ausgedehnt. Die Existenz von Arbeitslosen, die unbezahlte Tätigkeit von Studierenden, Hausfrauen oder Bäuerinnen reduziert die Kosten der Reproduktion von Arbeitskraft, erhöht also die Profitrate. Daher zählen auch diese Gruppen zu den vom Kapital Ausgebeuteten (vgl. Cleaver 2012: 56 ff.). So wurden die Widerstände dieser Gruppen als Klassenkämpfe anerkannt und der Klassenkampf aus den Fabriken in die Gesellschaft getragen. Unbezahlte Arbeit wurde dabei jedoch vor allem in ihrer systemverstärkenden Rolle thematisiert.

Der Bezug auf Commons nimmt genau jenen Anteil dieser unbezahlten Tätigkeiten in den Blick, der nicht vom Kapital vereinnahmt wird und dadurch zur Autonomie der Commoners beiträgt. Commons bieten einen Begriff, einen theoretischen Rahmen, und damit eine bessere Fassbarkeit und Sichtbarkeit für jenen Bereich gesellschaftlicher Produktion, der jenseits der Marktlogik und meist auch außerhalb staatlicher Kontrolle geschieht und daher die Chance bietet, die große Abhängigkeit der Arbeiter_innenklasse vom Kapital zu durchbrechen. Commons können also für soziale Transformation eine mehrfache Rolle spielen: als Instrument zur Veränderung von Machtverhältnissen, als Raum zur Selbstorganisation und der Entwicklung widerständiger Verhaltens- und Subjektivierungsweisen und als Denkmodell für eine neue Produktionsweise und neue Formen der Demokratie. Der Kampf um die Commons und die Stärkung und der Ausbau von Commons sind unter den aktuellen politischen und ökonomischen Bedingungen notwendig als Ergänzung zu den Kämpfen innerhalb des Kapitalverhältnisses, nur dann besteht die Chance, aus den verschiedenen Sackgassen herauszukommen (Cleaver 2012: 39 ff.).

Literatur

- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg.) (2009) Postneoliberalism – A beginning debate. Dag Hammarskjöld Centre, Uppsala.
- Cleaver, Harry (2012) »Das Kapital« politisch lesen. Eine alternative Interpretation des Marxschen Hauptwerks. Mandelbaum, Wien.
- De Angelis, Massimo (2012) Krise, Kapital und Vereinnahmung – Braucht das Kapital die Commons? In: Helfrich, Silke/ Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. transcript Verlag, Bielefeld (i. E.).
- Defert, Daniel (1991) »Popular life« and Insurance Technology. In: Burchell, Graham/ Gordon, Colin/ Miller, Peter (Hg.) The Foucault Effect. Studies in Governmentality. Harvester, Wheatsheaf.
- Foucault, Michel (2005) Dits et Ecrits. Schriften Band IV. Hg. Francois Ewald und Daniel Defert, Suhrkamp, Frankfurt / Main.
- Hardin, Garrett (1968) The Tragedy of the Commons. In: Science 162, S. 1243-1248.
- Harvey, David (2005) A Brief History of Neoliberalism. Oxford University Press.
- Herrmann, Peter (Hg.) (2011) World's New Princedoms. Critical Remarks on Claimed Alternatives by New Life. Rozenberg Publishers Amsterdam.
- Herrmann, Peter (2012) Social Policy – Production rather than distribution. A rights-based approach, Bremen.
- Linebaugh, Peter (2008) The Magna Carta Manifesto – Liberties and Commons for all. University of California Press.
- OECD (2011) Divided we Stand. Why Inequality Keeps Rising.
URL: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en> [10. 2. 2012]
- Ostrom, Elinor (1999) Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt. Mohr, Tübingen.

Anmerkungen

- 1 Teile dieses Beitrages decken sich mit dem Text »Wie Commons Machtverhältnisse verändern« im Tagungsband des Forum Jägermayerhof 2011 der AK Oberösterreich, der derzeit in Druck ist.
- 2 Ich danke Peter Herrmann für den anregenden Austausch zu diesem Thema. Siehe auch Herrmann (2012).
- 3 Die OECD Studie hat ergeben, dass in nahezu allen Ländern die Kluft zwischen dem untersten und dem obersten Einkommensdezil auseinandergeht, wobei die obersten 1% am meisten profitiert haben.
- 4 Nach David Harvey bezweckte das neoliberale Programm von Anfang an die Stärkung der Macht des Kapitals (Harvey 2005: 16 ff.).
- 5 Beatriz Busaniche von der Free Software Foundation Argentinien bei der Inkota Tagung 2010, (<http://www.inkota.de>).
- 6 Die Inhaltsgruppe von Attac Deutschland, die sich mit Fragen von Public Private Partnership beschäftigt hatte, hat sich kürzlich in »Gemeingut in BürgerInnenhand« umbenannt (<http://gemeingut.org/>).
- 7 In seinem Artikel »The Tragedy of the Commons«, der 1968 im Journal Science erschien und zu einem der meistzitierten wissenschaftlichen Texte wurde, obwohl inzwischen seine Fehlerhaftigkeit mehrfach nachgewiesen worden ist.
- 8 Das Außenhandelsdefizit Griechenlands durch die ungleiche Lohnentwicklung in den EU-Ländern und die daraus resultierenden rigorosen Sparmaßnahmen sind ein aktuelles und eingängiges Beispiel dafür.
- 9 Anti-Counterfeiting Trade Agreement, ein geplanter multilateraler Handelsvertrag, der eine internationale zivil- und strafrechtliche Durchsetzung von Rechten an geistigem Eigentum zum Ziel hat.